

Wolfgang Schäuble:

## Wir stehen im Wettbewerb um die bessere Politik

**Im Vordergrund der Auseinandersetzungen in diesen Tagen und Wochen steht für uns der Erhalt der solidarischen Rentenversicherung.**

Für die CDU ist der Sachverhalt völlig klar: Wir wollen die dynamische Rente, den Generationenvertrag der Rentenversicherung, also die Teilhabe der älteren Generation auch während ihres Ruhestands an der

**Erklärung des Parteivorsitzenden auf einer Pressekonferenz nach der Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 23. August in Berlin**

Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards für die Zukunft erhalten. Damit das möglich ist, muss die Veränderung im Altersaufbau unserer Bevölkerung berücksichtigt werden.

Wie immer man über Einzelheiten diskutieren mag, es läuft auf die Berücksichtigung des demographischen Faktors hinaus. Wer dagegen wie Herr Riester erklärt, ein demographischer Faktor komme nicht in Frage, wer wie die Regierung Schröder und die rot-grüne Koalition den von uns in der Rentenversicherung eingeführten demographischen Faktor ersatzlos zurücknimmt, hat kein Konzept, um die dynamische Rente auf Dauer zu erhalten.

*Fortsetzung auf Seite 2*

### HEUTE AKTUELL

#### ● Interview

Angela Merkel: Wir dürfen nicht auf Wolke sieben schweben. Seite 4

#### ● Zukunftsforum

Junge Menschen haben Anspruch darauf, das Richtige zu lernen. Bildungspolitischer Kongress der CDU in Saarbrücken. Seite 6

#### ● Medienpolitik

Schröder-Regierung setzt Deutsche Welle Schach matt. Seite 8

#### ● Gesundheit

Arzneimittelbudgets gefährden die medizinische Versorgung. Seite 10

#### ● Europa

Wolfgang Schäuble: Deutsche Krisenreaktionskräfte schrittweise europäisieren. Seite 22

#### ● Dokumentation

Neun Monate Rot-Grün. Grüner Teil

#### ● UiD Extra

Bildung und Erziehung als Grundlage unserer Zukunft. Bildungspolitisches Zukunftsforum der CDU am 21. August. Innenteil

Fortsetzung von Seite 1

Natürlich reicht das alleine nicht aus. Deswegen ist die Reform der Hinterbliebenenversicherung wichtig. Wir arbeiten daran mit eigenen Vorschlägen. Unterschiedliche Erwerbsbiographien bei Männern und Frauen müssen in der Hinterbliebenenvorsorge der Rentenversicherung durch entsprechende Neuregelungen berücksichtigt werden.

Wir haben die Kindererziehungszeiten in die Rentenversicherung eingeführt. Danach ist die Verantwortung für das Großziehen von Kindern sowohl ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit als auch zur langfristigen Altersversorgung.

Wenn man die drei Elemente richtig miteinander kombiniert, dann wird man die dynamische Rente als eine Säule der Altersversorgung zukunftsfest machen können.

## Unser Steuerprogramm hat die SPD blockiert

Daneben muss man natürlich die Rahmenbedingungen für mehr private Altersversorgung und für eine Verstärkung der betrieblichen Altersversorgung verbessern – vor allen Dingen durch steuerliche Rege-

lungen. Unser Steuerprogramm, das der Parteitag in Hannover beschlossen hat und mit dem wir auf der Grundlage des Petersberger Konzepts bereits erste gesetzgeberische Schritte gemacht haben, hat die SPD unter Federführung von Schröder, Lafontaine, Eichel und anderen im Bundesrat blockiert.

Wir lehnen die kurzfristige, systematisch überhaupt nicht begründbare Manipulation der Rentenanpassung in den nächsten zwei Jahren ab. Darüber mit den Sozialdemokraten Gespräche zu führen, lohnt nicht.

Wir haben immer gesagt: Über Konzepte zur langfristigen Sicherung der Rentenversorgung lassen wir mit uns reden. Aber bisher hat die Regierung derartige Konzepte nicht vorgelegt, unsere Vorschläge jedoch rundum abgelehnt.

Zur Familienpolitik hat es in den zurückliegenden Wochen eine Reihe von Anhörungen unter Federführung von Generalsekretärin Angela Merkel gegeben. Wir wollen neue Antworten, die auf eine veränderte soziale Wirklichkeit gegeben werden müssen, auf einem Kleinen Parteitag am 13. Dezember beschließen.

Unsere inhaltliche Arbeit als Opposition besteht nicht darin, in einen hektischen

## Eröffnung des „Brückenkopfes“ Berlin

Am 23. August haben der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble und Generalsekretärin Angela Merkel den „Brückenkopf“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin eröffnet.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen begrüßte Schäuble und Merkel mit den Worten: „Ich freue mich sehr, Sie Stunden vor dem Eintreffen des Bundeskanzlers als Landesvorsitzender in Berlin begrüßen zu können.“ Als Begrüßungsgeschenk über-

reichte Diepgen zwei „Berliner Bären“. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle ist unter der Adresse:

**Mauerstraße 85**  
**10117 Berlin**  
**Tel.: 0 30/2 20 70-0**

erreichbar.

Der Großteil der CDU-Mitarbeiter wird Mitte nächsten Jahres in das neue Haus der Bundesgeschäftsstelle am Klingelhöfer Dreieck umziehen.

## Die SPD hat viele Wähler enttäuscht

**Knapp elf Monate nach der siegreichen Bundestagswahl hat die SPD einer Forsa-Umfrage zufolge 41 Prozent ihrer damaligen Wähler verloren.**

Besonders enttäuscht seien Ostdeutsche und Selbstständige, von denen jeder Zweite den Sozialdemokraten den Rücken gekehrt habe, berichtete „Die Woche“, in deren Auftrag Forsa 1.006 Bürger befragt hatte.

Bei Arbeitern und Wählern unter 30 Jahren würden 44 Prozent die Partei nicht mehr wählen. Unter Rentnern, Beamten und den über 60-Jährigen ist der Rückgang den Angaben zufolge

nicht ganz so stark. Von ihnen würde nur etwa jeder Dritte nicht mehr für die SPD votieren, wenn jetzt Bundestagswahl wäre.

Die SPD-Enttäuschten monieren den Angaben zufolge vor allem, dass sich der Vorsitzende Gerhard Schröder zu wenig um die Partei kümmere (52 Prozent), von ihnen wiederum erwarten 35 Prozent, dass Schröder für Geschlossenheit Sorge. Vier von fünf ehemaligen SPD-Wählern erklärten, dass das Sparpaket die Reichen bevorzuge. 57 Prozent sprachen sich für die Beibehaltung des derzeitigen Rentensystems aus.

Wettlauf mit der Regierung um die möglichst schnelle Vorlage immer neuer Gesetzentwürfe einzutreten. Die Vorlage von Gesetzentwürfen ist Sache der Regierung. Aufgabe der Opposition ist die Erarbeitung von Alternativen, und diese Alternativen in der Bevölkerung zustimmungs- und durchsetzungsfähig zu machen.

Deswegen legen wir uns auch nicht schon in kurzatmigen Interviews fest. Wir haben geordnete Beratungsprozesse und wollen die öffentliche Diskussion.

Das gilt wie für die Familienpolitik auch für die Bildungspolitik. Letzten Samstag haben wir zu diesem Thema einen großen Kongress in Saarbrücken veranstaltet. Unter der Federführung von Annette Schavan arbeiten wir intensiv an der Vorbereitung des Bundesparteitags im nächsten Jahr, der dem Thema Bildungsreform, Schule, Hochschule, berufliche Bildung gewidmet sein wird.

Wir werden uns Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat immer wieder

mit der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit beschäftigen und uns fragen: Was bedeuten Veränderungen für die Programmatik unserer Partei? Wie geben wir auf der Basis unserer Grundüberzeugungen die richtigen Antworten? Niemand in Deutschland braucht dabei Sorge zu haben, daß wir den Standort unserer Politik in der Mitte des politischen Spektrums aufgeben.

### Durch Modernität und Zukunftsfähigkeit überlegen

Wir treten für eine politische Wirklichkeit und eine gesellschaftliche Ordnung ein, an der alle teilhaben können, in der alle ihre Chancen haben, in der alle gebraucht werden, in der aber auch alle nach ihren Möglichkeiten gefordert werden.

Wir sind sicher, dass wir im Wettbewerb, um das bessere, modernere und zukunftsfähigere Konzept allen Wettbewerbern in Deutschland überlegen sind. Wir stellen uns diesem Wettbewerb, wie wir uns ihm auch in der Vergangenheit immer gestellt haben. ■

Angela Merkel:

## Wir dürfen nicht auf Wolke sieben schweben

**Hamburger Abendblatt:** *Deutschland stand während der Sonnenfinsternis kurz im Schatten. Die CDU ist da offenbar schon länger, in der politischen Debatte jedenfalls kaum wahrnehmbar. Wie kommt das?*

**Angela Merkel:** Die CDU steht nicht im Schatten, sondern im Bund in der Opposition und widmet sich drei Aufgaben. Wir begleiten kritisch die Regierungspolitik. Wir arbeiten an einem Programm, mit dem wir die Menschen wieder überzeugen und 2002 die nächste Bundestagswahl gewinnen können. Und wir versuchen, über die Kommunen und Länder den Regierungswechsel im Bund vernünftig vorzubereiten. Auf all diesen Feldern sind wir gut vorangekommen, nicht nur wegen der Fehler der Regierung, sondern weil wir selbst viel richtig gemacht haben.

**Hamburger Abendblatt:** *Zum Beispiel?*

**Angela Merkel:** Wir haben sehr schnell die Oppositionsrolle angenommen und uns nicht zerstritten. Wir haben auch rasch den Finger in die Wunden der Regierung gelegt und auf dem Erfurter Parteitag mit den Erfurter Leitsätzen begonnen, der Regierungspolitik konstruktive Ideen entgegenzusetzen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

**Hamburger Abendblatt:** *Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Jürgen Rüttgers hat erklärt, der CDU habe zum Ende ihrer Regierungszeit eine gesellschaftliche Perspektive gefehlt. Daran mangle es noch immer. Teilen Sie diesen Eindruck?*

**Angela Merkel:** Wir haben die Wahl auch verloren, weil wir trotz aller richtigen Reformansätze die Gesamtperspektive nicht richtig vermittelt haben. Wir haben inzwischen wichtige Schritte gemacht, um unsere Defizite zu erkennen und auszugleichen.

**Hamburger Abendblatt:** *Zum Beispiel?*

**Angela Merkel:** Viele Frauen und auch viele junge Männer haben uns gesagt: Wir finden uns bei der CDU nicht richtig wieder mit unserem Problem, Beruf und Familie zu vereinbaren. In unserer Familienkommission arbeiten wir an der Überwindung dieses Defizites. Wer aber denkt, das

### Hamburger Abendblatt-Interview mit der Generalsekretärin am 12. August

sei innerhalb ganz kurzer Zeit machbar, der glaubt offenbar, Glaubwürdigkeit lasse sich in der Politik per Federstrich herstellen. So ist es nicht. Das muss hart erarbeitet werden. Wir sind im Bund gerade mal 300 Tage in der Opposition.

**Hamburger Abendblatt:** *Rüttgers sagte auch, es gebe Widersprüche zwischen der Politik der Union und der Lebenswirklichkeit der Menschen. Kennen Sie auch solche Widersprüche?*

**Angela Merkel:** Zum Beispiel beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**Hamburger Abendblatt:** *Und wie lösen Sie solche Widersprüche auf?*

**Angela Merkel:** Das Programm von Roland Koch in Hessen bietet da eine gute Anschauung. Er will an den Schulen eine Unterrichtsgarantie. Die ist die Voraussetzung dafür, dass Mütter und Väter sich darauf verlassen können, dass ihr Kind nicht wieder um zehn Uhr vor der Tür steht. Auch die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter müssten dringend verbessert werden. Wir machen in unserer Familienkommission im ganzen Land Anhörungen, um zu erfahren, was junge Familien wünschen. Wir beschäftigen uns ganz konkret mit den Lebensumständen und den sozialen Problemen von Familien. Es geht darum, erst einmal die Wirklichkeit aufzunehmen und nicht schon gleich eine Antwort parat zu haben. Die Menschen erwarten manchmal auch von uns, dass wir offenen Ohres hinhören und uns nicht nur für Gewerbegebiete und ausgeglichene Haushalte interessieren.

**Hamburger Abendblatt:** *Bei den Wahlen im Herbst kann die CDU laut allen Meinungsumfragen mit guten Erfolgen rechnen. Werden Sie dann sagen: Wunderbar, alles paletti, die Partei ist wieder in Schuss?*

**Angela Merkel:** Das wäre der größte Fehler, den wir machen könnten. Wir können zufrieden sein mit unserem jetzigen Stand. Aber wir haben nicht den geringsten Grund, auf Wolke sieben zu schweben. Wir befinden uns eher auf einer Bergwanderung. Bisher sind wir nicht abgestürzt. Das ist aber keine Garantie für die nächsten Schritte. Jede der kommenden Landtagswahlen ist erst mit Schließung der Wahllokale abgeschlossen. Von einer Wahl auf den Ausgang der nächsten zu schließen, ist immer absolut falsch. Es muss deshalb in jedem einzelnen Landesverband hart gearbeitet werden. Unsere Arbeit muss auch künftig in einer Mischung bestehen: Wir müssen die Finger in die Wunden der Regierung legen und gleichzeitig unsere eigenen Defizite aufar-

**Angela Merkel:** *Wenn das Wort modern fällt, kommt es immer wieder zu dem Missverständnis, man gebe dann seine Werte auf. Im Gegenteil: Es besteht eine große Sehnsucht und Erwartung in der Bevölkerung, dass sich Politik an einem Wertgefüge orientiert. Wir leben in einer Welt, in der vieles möglich ist, vieles machbar erscheint und trotzdem nicht alles gemacht werden darf. Die Vielzahl von Informationen und die Vielzahl von Möglichkeiten zu ordnen und den Menschen dafür ein Angebot zu machen, nach welchen Mustern sie entscheiden können, das ist eine der Zukunftsaufgaben der Politik.*

beiten. Die haben wir zum Beispiel auch in den neuen Ländern. Die materielle Einheit ist nicht alles. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir die emotionale Befindlichkeit vieler Menschen nicht ausreichend getroffen haben. Wir müssen uns deshalb nicht schämen für das, was wir geleistet haben, aber wir sind alles andere als vollkommen.

**Hamburger Abendblatt:** *Bergwanderungen unternimmt man besser nicht alleine. Ihr Ex-Koalitionspartner FDP turtelt aber inzwischen ein wenig mit der SPD. Geht da eine langjährige Freundschaft in die Brüche?*

**Angela Merkel:** Nein. In der Opposition muss man sich nicht ständig gegenseitig Treue schwören. Eine Zusammenarbeit ist nur interessant, wenn beide Parteien zusammen mehrheitsfähig sind. CDU und FDP tun gut daran, erst einmal an der Kräftigung ihrer eigenen Identität zu arbeiten. Aber wo sich sinnvolle strategische Bündnisse anbieten, da können CDU und FDP gemeinsam eine Wechselperspektive eröffnen. So geschieht es in Schleswig-Holstein, wo Rot-Grün versagt hat. ■

# Junge Menschen haben Anspruch darauf, das Richtige zu lernen

„Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.“ Wolfgang Schäuble greift den Grundgedanken der Berliner Rede Roman Herzogs auf: „Bildung ist Mega-Thema.“ Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan bekräftigt „Bildung ist Wirtschaftsfaktor Nummer eins“ und folgert: „Bildungspolitik steht deshalb für die CDU im Zentrum der großen gesellschaftspolitischen Reformprozesse.“

Das Zukunftsforum der CDU am 21. August in Saarbrücken trägt dem Rechnung, und Michel Friedman, Mitglied im Zukunfts-Team des Spitzenkandidaten der saarländischen CDU bei der Landtagswahl am 5. September, formuliert, worum es eigentlich geht: „Die Zukunft steckt in unseren Kindern.“

Über deren Lebenschancen entscheidet Bildung – und damit über den künftigen Wohlstand unseres Landes. Was könnte also wichtiger sein als eine Politik, die „Bildung und Erziehung als Grundlage unserer Zukunft“ – so das Motto des Forums – nicht nur unverbindlich in einem Wahlversprechen zur „Chefsache“ erklärt, sondern verbindlich ganz oben auf die Tagesordnung setzt und mit ausreichenden Haushaltsmitteln ausstattet.

Von Rot-Grün in Berlin ist eine solche Politik nicht zu erwarten: Nach Kürzungen im Bildungsetat um 340 Millionen Mark für das Jahr 2000 und einer in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Steigerung um lediglich 900 Millionen Mark bis 2003 kann von einer Verdoppelung der Bildungsinvestitionen, wie Schröder sie versprochen hat, keine Rede sein.

Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble: „Daß wir den Bundeskanzler an diesen

Bruch seines Wahlversprechens erinnern, ist doch richtig. Wer sollte das sonst tun? Es ist Wählerauftrag und nicht zuletzt Auftrag jeder Bildungspolitik, die die Bildung und Erziehung der jungen Menschen in den Blick nimmt.“

Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, Eltern, Schüler und Lehrer haben sich auf dem Saarbrücker Zukunftsforum diesen Wählerauftrag zu eigen gemacht, haben miteinander diskutiert und Antworten gegeben.

In einem Beschluß des Kongresses, den „Saarbrücker Thesen zur Bildungspolitik“, kommen diese Antworten zum Ausdruck. Angelpunkt, um den sich alles dreht, und wichtigste Forderung an „Reformen im Bildungswesen“:

**Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, das Richtige zu lernen. Die Qualität von Unterricht und Bildungsabschlüssen muß stimmen.“**

Daraus ergeben sich u.a. die Forderungen:

- die erste Fremdsprache ab Klasse 1 anbieten und in den weiterführenden Schulen neben dem Fremdsprachenunterricht auch mehrsprachiges Lernen ermöglichen;
- Jugendlichen flächendeckend die Möglichkeit geben, auch nach bereits zwölf Jahren ihr Abitur zu machen, und
- als festen Bestandteil der Berufsplanung die berufsbegleitende Weiterbildung einrichten.

Für ein „leistungsfähiges Bildungswesen“ plädierte die stellvertretende Parteivorsitzende, Kultusministerin Annette Schavan. „Qualität von Schule gehört heutzutage“ – zitierte sie die OECD – „zu den höchsten

## „In unseren Kindern steckt die Zukunft!“

Mit diesem Satz hat Michel Friedman, Mitglied im Zukunftsteam des CDU-Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl im Saarland, dem Wort „Zukunft“ auf dem bildungspolitischen Zukunftsforum der CDU seine eigentliche Bedeutung gegeben. „Eine Gesellschaft“, fügte er hinzu, „die Kinder nicht liebt, hat keine Zukunft.“

Der gebührenfreie Besuch von Kindergärten gehört deshalb zu den wichtigsten Vorhaben der CDU in ihrem 100-Tage-Programm nach einem Wahlsieg am 5. September. Peter Müller: „Wir werden die Bildungsausgaben erhöhen. Unter einer CDU-Regierung wird das Saarland bei Bildung und Erziehung nicht länger Schlußlicht sein.“

Prioritäten in allen Mitgliedsländern. Und das wird zweifellos auf absehbare Zeit so bleiben.“

„Qualitätssicherung im Schulwesen“ steht deshalb auch für die CDU an erster Stelle. Sie bedeutet „Förderung der Profile verschiedener Lernorte und damit verbundener Lernkonzepte in einem gegliederten und differenzierten Schulwesen“.

Annette Schavan: „Die Stärkung schulart-spezifischer Profile ist die moderne Antwort auf die Forderung der Qualitätssicherung in unserem Bildungswesen.“

Die Antwort muß aber auch sein: Bildungsabschlüsse vergleichbar machen – das heißt: zentrale Prüfungen in allen Bundesländern und in allen Schularten. Denn: „Nur zentrale Schulabschlüsse gewährleisten die Vergleichbarkeit und sichern Bildungsstandards.“

„Schule braucht Qualität“ war das Thema des Vortrags von Rainer Lehmann, Pro-

Das zweite große Projekt der saarländischen CDU: Unterricht in der Sprache des Nachbarlands bereits in den Kindergärten. Peter Müller: „Schon die ganz Kleinen sollen in Zukunft Französisch lernen. Mit dieser Sprachkompetenz werden sie gleichzeitig auch Europakompetenz erwerben.“

### Glückwunsch aus Luxemburg

Erna Hennicot-Schoepges, Bildungsministerin des Großherzogtums Luxemburg: „Ich beglückwünsche die CDU im Saarland zu diesem Vorhaben.“  
Um in Zukunft berufliche und akademische Bildung gleichzubehandeln, will die saarländische CDU, solange das Studium gebührenfrei ist, auch eine gebührenfreie Meisterausbildung.

fessor für Empirische Bildungsforschung an der Berliner Humboldt-Universität. In sechs Thesen zur Verbesserung der Bildungsqualität in Deutschland waren seine Forderungen u.a.:

- die Grundsätze der Bildungspolitik entideologisieren
- die Bildungsverwaltung professionalisieren
- in allen Bereichen möglichst hohe Ziele setzen und vor allem
- die zur Verfügung stehende Lernzeit effektiver nutzen.

Zur Vertiefung seiner Thesen diskutierten Experten über Aspekte der „modernen Schule“. Sabine Etzold aus der Redaktion Wissen der „Zeit“ moderierte die Podiumsdiskussion.

Nach einer Sitzung von Parateipräsidium und Bundesvorstand am 23. August in Berlin hat Wolfgang Schäuble angekündigt: „Unser Bundesparteitag im nächsten Jahr wird dem Thema Bildungsreform gewidmet sein.“

# Schröder-Regierung setzt Deutsche Welle Schach matt

**Zu den Notmaßnahmen bei der Deutschen Welle erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:**

Die Bundesregierung steht vor einem medienpolitischen Scherbenhaufen. Die Einsparzwänge der Deutschen Welle sind überdurchschnittlich hoch und schnüren einer wichtigen Stimme Deutschlands die Luft ab. Schon jetzt zeichnet sich ein irreparabler Schaden für die mediale Darstellung Deutschlands im Ausland ab. Den Verlust von 745 Mitarbeitern und einer ganzen Reihe von Programmen kann kein Sender ohne erhebliche Qualitätseinbußen verkraften.

Erneut zeigt sich die erschreckende Inkonsistenz der Schröder-Regierung. Sie setzt das einzige Auslandsfernsehen Deutschlands ‚Schach matt‘ und erwartet gleichzeitig überzeugende Werbung für die Interessen unseres Landes. Sie verspricht Chancen für Menschen, die sich in ihrem Beruf engagieren, beraubt aber über 700 Mitarbeitern der Deutschen Welle ihrer Perspektiven. Sie hat Aufbruchstimmung vorgegaukelt und verbreitet nun Resignation.

Zudem verhält sich Schröders neuer Beauftragter für Medien ungeschickt und desinteressiert: Er hat die Sparbeschlüsse widerstandslos hingenommen, obwohl der Sender im Gegensatz zu allen anderen Betroffenen längst überdurchschnittlich eingespart hat. Er bekämpft die Deutsche Welle, anstatt ihre Kompetenz zur Darstellung unserer Heimat und unseres Know-Hows weiter zu fördern!

Es kommt nun für Herrn Staatsminister Naumann darauf an, sich seiner Verantwortung bewußt zu werden und sich endlich konstruktiv für die künftige Außen-

darstellung unserer Kultur und Wirtschaft einzusetzen. Wenn sein Wort am Kabinetts-tisch noch Gewicht hat, müssen die bereits erfolgten Einsparungen verrechnet werden. Wenigstens aber sollte er in der Lage sein, die von den Verantwortlichen der Deutschen Welle vorgeschlagenen Notmaßnahmen zu unterstützen und Lösungen für eine Milderung der Problematik beizubringen.

Dabei muß er insbesondere auf die über 700 betroffenen Mitarbeiter zugehen, die nun ihrer beruflichen Perspektiven beraubt werden. Seine offenkundig gewordenen persönlichen Aversionen gegen die Deutsche Welle dürfen dabei keine Rolle spielen.

## Naumann richtet schweren europapolitischen Flurschaden an

**Zu den Kürzungen der rot-grünen Bundesregierung bei den Programmen der Deutschen Welle erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Hintze:**

Mit einer ebenso falschen wie provinziellen „Kulturpolitik“ richtet der Staatsminister für Medien und Kultur, Naumann, schweren europapolitischen Flurschaden an. Die Kürzungssorgie Naumanns bei der Deutschen Welle – für 1999 30 Mio. DM, bis 2003 89 Mio. DM – wird unter anderem zur Einstellung europäischer Fremdsprachenprogramme im Hörfunk des Kölner Senders führen.

Wenn die Osterweiterung der Europäischen Union insbesondere auch erfolgreich für Deutschland sein soll, so muß die deut-



sche Stimme im Ausland deutlich vernehmbar bleiben. Die Deutsche Welle hat sich als unsere Visitenkarte im Ausland bestens bewährt. Mittel hier sind im deutschen Interesse gut angelegt.

Aberwitzig ist es, daß das Naumannsche Kürzungsedikt zu einem Einbruch bei den muttersprachlichen Programmen für den Balkan führt.

Die Deutsche Welle darf nicht zur Finanzierung fragwürdiger inländischer Kulturprojekte ausgeschlachtet werden. Sie hat ihren festen Auftrag im Rahmen der deutschen Außen- und Europapolitik. Die geplanten Einschnitte treffen den Nerv der Darstellung Deutschlands in der Welt und müssen rückgängig gemacht werden.

### **Völlig inakzeptabel**

**Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU Deutschlands, Günther H. Oettinger, erklärte zu den Sparzwängen der Bundesregierung bei der Deutschen Welle:**

Den strukturellen Einsparmaßnahmen der Bundesregierung muß sich prinzipiell auch die Deutsche Welle beugen. Das nun vorgeschriebene Ausmaß ist jedoch vor dem Hintergrund bereits erfolgter tiefgrei-

fender Einsparungen nicht hinnehmbar. Die dadurch drohende Kündigungswelle für 745 Mitarbeiter ist einmalig in der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und völlig inakzeptabel – aus der freien Wirtschaft nur bekannt von Konkursverfahren.

Schröders neuer Medienbeauftragter hat keine Rücksicht auf notwendige Programmmaßnahmen genommen und drückt Haushaltsvorgaben ohne jeden Sachbezug durch. Es ist unübersehbar, daß hier ideologische Motive im Vordergrund stehen. Die CDU fordert von Herrn Staatsminister Naumann die Klärung eines zukunftsgerichteten Programmauftrags der Deutschen Welle unter Gesichtspunkten eines globalen Marketings für den Kultur- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Nach den eindeutigen Stellungnahmen vom Deutschen Journalistenverband und der IG Medien erwarten wir von den verantwortlichen Wirtschafts-, Außen- und Rundfunkpolitikern eine überparteiliche und an den Bedürfnissen eines anspruchsvollen Programms orientierte Beratung. Ziel muß es sein, der medialen Stimme Deutschlands im Ausland eine Zukunftsperspektive zu verschaffen und auf die von den Kündigungen betroffenen Mitarbeiter zuzugehen.

## **Arbeitskreis Menschenrechte konstituiert**

Der Bundestagsabgeordnete **Hermann Gröhe** aus Neuss ist einstimmig zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Menschenrechte der CDU gewählt worden, der sich am 24. August in Bonn konstituiert hat. Gröhe ist Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und gehört dem Deutschen Bundestag seit 1994 an. Der Arbeitskreis Menschenrechte berät den

Bundesvorstand der CDU in Fragen der Menschenrechtspolitik. Die 20 Mitglieder setzen sich aus Vertretern der Landesverbände, der Vereinigungen der CDU sowie weiteren, zum Teil parteilosen Fachleuten aus Menschenrechtsorganisationen zusammen. – Schwerpunkt der Arbeit des Arbeitskreises sind die Menschen- und Minderheitenrechte in der europäischen Außenpolitik.

# Arzneimittelbudgets gefährden die medizinische Versorgung

**Zur aktuellen Diskussion über die Budgetierung der Arznei- und Heilmittelversorgung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Die aktuelle Diskussion über die Budgetierung der Arznei- und Heilmittelversorgung zeigt, daß die Bundesgesundheitsministerin mit ihrem Latein am Ende ist. Budgets sind völlig ungeeignet, die Kosten der medizinischen Versorgung zu regulieren. Eine solche Politik geht ausschließlich zu Lasten der Patientinnen und Patienten.

Die Arzneimittelausgaben lagen in 1998 mit 33,4 Mrd. DM nur knapp über den Ausgaben für 1992 (32,5 Mrd. DM) und waren genau so hoch wie 1996. D.h. in den letzten sechs Jahren gab es von seiten der Arzneimittel keinen Ausgabenschub auf die GKV-Gesamtausgaben. Der Anteil der Arzneimittelausgaben an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist in den letzten sechs Jahren vielmehr von etwa 16 Prozent auf 13,4 Prozent zurückgegangen.

Die Ausgaben für sogenannte umstrittene Arzneimittel sind in den letzten 6 Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Auf der anderen Seite stellen die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt einen rasant wachsenden Kostenfaktor dar. Für viele Krankheiten stehen heute innovative Arzneimittel zur Verfügung. Die erfolgreiche Behandlung von früher nicht oder nur unzureichend behandelbaren Krankheiten ermöglicht den betroffenen Patienten heute oftmals ein längeres und erträglicheres Leben. Dies alles kostet Geld, das nicht alleine durch Einsparungen an anderer Stelle erwirtschaftet werden kann.

Warum die Koalition aus SPD und Grünen vor dem Hintergrund weitgehend stagnierender Ausgaben trotz beträchtlichem Innovationsdruck den Arzneimittelbereich zum entscheidenden Problem der GKV erklärt, ist nicht nachvollziehbar. Diese von Ideologie geprägte Haltung zeigt deutlich, daß es der Koalition an einer sachorientierten und durchdachten Grundlage für ihre Reformversuche mangelt. Man hat vielmehr den Eindruck, daß es hier um die Verwirklichung langgehegter Schubladentpläne geht, die nicht mehr zu der aktuellen Situation im Gesundheitswesen passen.

Man kann die Wut der Ärzteschaft verstehen. Einerseits wird ihnen vorgehalten, sie würden zu viel verordnen und entspre-

**Budgets sind völlig ungeeignet, die Kosten der medizinischen Versorgung zu regulieren. Die von Ideologie geprägte Haltung zeigt: Der Koalition fehlt eine durchdachte Grundlage für ihre Reformversuche.**

chend ein Budget vorgegeben, das sie einhalten sollen. Und wenn sie dies durch entsprechende Einsparungen tun, werden sie dafür wiederum heftig kritisiert. Dies paßt nicht zusammen und zeigt die perfide Situation, die eine solche Politik auslöst.

Gleichwohl sollten die Mittel der Auseinandersetzung gründlich abgewogen werden. Ob der Weg über ein „Notprogramm“, das zu Lasten der Patientenversorgung

# Patienten sind die Verlierer

**Aus Anlaß des gemeinsamen Aktionsprogramms der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Spitzenverbände der Krankenkassen und des BMG zur Einhaltung des Arznei- und Heilmittelbudgets im Jahr 1999, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:**

Auch der Umzug nach Berlin hat an der subtilen Taktik der Schröder-Regierung, die Bevölkerung mit schönen Überschriften von fatalen Inhalten abzulenken, nichts geändert. Das jüngste Beispiel dafür lieferte Ministerin Fischer. Medienwirksam verkaufte sie als großartigen Verhandlungserfolg das gemeinsame Aktionsprogramm von Politik, Kassen und Ärzten zur Einhaltung des Arzneimittelbudgets. Es hieß, daß „Notprogramm“ der Ärzte sei vom Tisch, es gebe keine Wartelisten, alles nehme seinen gewohnten Gang.

## Alles nur Nebelkerzen

Ein Blick ins Aktionsprogramm macht deutlich: Alles nur Nebelkerzen, die Versorgung der GKV-Versicherten wird sich erheblich negativ verändern.

Mit der Unterschrift unter das Notprogramm hat Frau Fischer erstmals öffentlich eingestanden, was die Union

seit Wochen prophezeit hat: Mit einer Budgetierung ist der Stand der Qualität der Versorgung kranker Menschen in Deutschland nicht zu halten.

Die Patienten werden schmerzhaft Einschränkungen hinnehmen müssen. Warum?

## Zwei-Klassen-Medizin

Eine „konsequente Umstellung der Arzneimittelversorgung im generikafähigen Bereich auf das untere Preisdrittel“ bedeuten ein von der rot-grünen Regierung ausgesprochenes „Verbot“ des Verschreibens eines Originalpräparates. Wenn der Patient darauf besteht, muß er es aus eigener Tasche bezahlen. Das ist Zwei-Klassen-Medizin!

Die „Vermeidung des Einsatzes teurer Schrittinnovationen“ bedeutet, daß GKV-Versicherte am medizinischen Fortschritt durch verbesserte Medikamente künftig nicht mehr teilnehmen. Eine Reduzierung beispielsweise von Nebenwirkungen als „Schrittinnovation“ muß von den Patienten aus eigener Tasche finanziert werden.

Statt die Stellung der Patienten zu verbessern, werden diese massiv benachteiligt. Die rot-grünen Reformansätze sind eine verhängnisvoller Irrweg.

geht, der richtige Weg ist, bezweifle ich. Ich befürworte vielmehr die politische Auseinandersetzung und die Aufklärung der Patienten über die falsche Gesundheitspolitik der Bundesregierung.

Die aktuelle Situation zeigt, daß es für die Patienten viel besser gewesen wäre, eine sozialverträgliche Eigenbeteiligung zu tra-

gen und dafür bei der Versorgung mit Medikamenten und Heilmitteln keine Engpässe hinnehmen zu müssen. Wer aber, wie SPD und Grüne, eine Rundumversorgung quasi zum Nulltarif verspricht, kann am Ende die medizinische Versorgung nicht mehr sicherstellen. Dies ist eine unsoziale und rein ideologisch geprägte Politik im Sinne des „real existierenden Sozialismus“.

# Arbeitsplatzfeindliche Kürzungen im Verkehrs- und Bauhaushalt

**Zum Haushaltsentwurf 2000 sowie zu den Maßnahmen im sog. Zukunftsprogramm für den Bereich des Verkehrs- und Bauhaushalts erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze in Deutschland ist auch die Stärkung der Investitionstätigkeit des Bundes im Bau und Tiefbau von prägender Bedeutung.

Diesen Ansprüchen genügt weder der Bundeshaushalt insgesamt noch der große Investitionshaushalt von Minister Müntefering. Die gesamten Investitionsausgaben des Bundes sinken im Haushalt 2000 auf 57,6 Mrd DM und bis zum Jahr 2003 gehen sie weiter zurück auf nur noch 53 Mrd DM. Die Investitionsquote des Bundes erreicht im Jahr 2003 mit nur noch 10,6 vH einen Negativrekord. Dies ist eine zukunftsfeindliche Politik gegen Wachstumsstärkung und mehr Arbeitsplätze. Im Haushalt 1999 wurde bereits bei Investitionen gekürzt. Sein spätes Inkrafttreten hat neue Maßnahmen bisher verhindert.

Im Verkehrs- und Baubereich gehen die im Haushalt 1999 begonnenen Kürzungen munter weiter. Die Straßenbaumittel werden im Haushalt 2000 um 220 Mio DM auf 9,7 Mrd DM (-2,2 vH) weiter zusammengestrichen, obwohl der Bundeskanzler im Februar 1999 versprochen hatte, die Straßenbaumittel nicht zu reduzieren. Im sog. Zukunftsprogramm werden die Straßenbau- und Schienenwegeinvestitionen bis zum Jahr 2003 – zum Teil versteckt in der Position „Sonstiges“ – um insgesamt 7,3 Mrd DM gekürzt. Von einer ausreichenden Finanzierung des dringlichsten

Bedarfs kann keine Rede sein, zumal das deutsche Autobahnnetz, bezogen auf die Einwohnerzahl, im europäischen Vergleich weit hinten liegt. Angesichts der Auftrags- und Beschäftigungssituation im Bausektor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den 99er Haushaltsberatungen eine Aufstockung der Straßenbaumittel um 500 Mio DM gefordert, womit auch neue Straßenbaumaßnahmen hätten begonnen werden können. Die rot-grüne Ablehnung war investitions- und arbeitsplatzfeindlich.

Gleiches gilt für die Ablehnung unseres Antrags, die Städtebauförderung um 300 Mio DM aufzustocken. Hierbei handelt es sich um Investitionen mit einem besonders hohen Multiplikatoreffekt, die zusammen mit den komplementären Ländermitteln ein zusätzliches Investitionsvolumen der deutschen Bauwirtschaft von mehr als 4 Mrd DM mobilisiert hätten. Im Haushaltsentwurf 2000 werden die Städtebauförderungsmittel um 13 Mio DM auf nur noch 597 Mio. DM gekürzt, nachdem sie im Jahr 1997 noch 721 Mio DM betragen hatten. Auch dies steht in eklatantem Widerspruch zur Regierungserklärung, in der es hieß: „Wir wollen die Anstrengungen zur Sanierung und Gestaltung der Städte verstärken.“

Für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus sind im Haushaltsentwurf 2000 mit insgesamt 2,1 Mrd DM über 460 Mio DM oder rd. 19 vH weniger Mittel vorgesehen als im laufenden Jahr. Noch im Februar hatte Minister Müntefering versprochen, dass der soziale Wohnungsbau ein entscheidender Punkt der Wohnungspolitik sei. Versprochen – Gebrochen, Herr Müntefering.

Besonders dreist ist der Versuch von Eichel und Müntefering, das Wohngeld für Sozialhilfeempfänger mit 2,3 Mrd DM im

# PDS-Minister ehrt den „roten Teufel“

**Den „roten Teufel“ nannte ihn selbst die DDR-Presse. Der Name Bernhard Quandt stand für Bodenreform und Zwangskollektivierung. Bis zu seinem Tod vor wenigen Wochen war Quandt ein überzeugter Kommunist.**

Jetzt sprach Helmut Holter, PDS-Landesvorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, den Nachruf auf das ehemalige SED Politbüromitglied, der vor kurzem im Alter von 96 Jahren starb. Einen offiziellen Kranz der Regierung durfte Holter zwar für den ehemaligen SED-Bezirksvorsitzenden von Schwerin nicht niederlegen, wie es die PDS gern gesehen hätte, doch Holters Auftritt war mit der Staatskanzlei abgesprochen.

400 Genossen und Weggefährten erwiesen Quandt auf dem Schweriner Waldfriedhof die letzte Ehre, darunter der letzte DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz sowie Ex-Verteidigungs-

minister Heinz Kessler. Holter lobte den Verstorbenen vor den versammelten Genossen als „einen unerschrockenen Kämpfer für Gerechtigkeit und Frieden“. Was der PDS-Minister nicht erwähnte: noch in der letzten Sitzung des SED-Politbüros 1989 forderte Quandt: „Wir haben im Staatsrat die Todesstrafe aufgehoben. Ich bin dafür, daß wir sie wieder einführen und dass wir alle erschießen, die unsere Partei in eine solche Schmach gebracht haben.“

---

## Holter spricht Nachruf auf Alt-Kommunist Quandt

---

Bis zum letzten Atemzug blieb Quandt Kommunist durch und durch – statt Blumen bat er um Spenden für eine der letzten kommunistischen Enklaven: Kuba. Jetzt lobt die PDS jene Leute, die das Unrecht in der DDR an führender Stelle mitverantworten haben, und die SPD sitzt als Koalitionspartner mit dieser PDS in einem Boot.

Jahr 2000 und bis zum Jahr 2003 mit insgesamt 9,6 Mrd DM handstreichartig auf Länder und Gemeinden zu verlagern. Dies hat mit verantwortungsvoller Politik nichts zu tun, sondern ist eine reine Mangelpackung und eine steuerliche Belastung der Gemeinden. Sollte sich hierbei die breite Ablehnungsfront sozialdemokratisch regierter Länder durchsetzen, klaffen in Eichels und Münteferings Haushalt gewaltige Löcher. Sollten diese Verschiebungen durchgesetzt werden, so kämen auf die Gemeinden extreme zusätzliche Bela-

stungen zu, die bei ihnen als dem größten öffentlichen Investor mit Sicherheit weitere Investitionskürzungen bedeuten würden. Die Frage bleibt offen, ob die Länder nicht dann gleichermaßen die zweiten 50 Prozent der Wohngeldanteile kürzen.

**Als Fazit bleibt festzustellen:** Im Verkehrs- und Bausektor beschädigt Rot-Grün die Infrastruktur, versetzt dem Arbeitsmarkt einen weiteren Schlag und setzt sich wiederum in Widerspruch zu ihren Wahlversprechungen. ■

## Regierung soll die Finger vom Strommarkt lassen

**Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall, erklärte zu den sich mehrenden Stimmen im Regierungslager, eine Regulierungsbehörde für die Energiemärkte einzuführen:**

Die Öffnung der Strom- und Gasmärkte in Deutschland und Europa für den Wettbewerb ist eine Erfolgsstory der alten Regierung, die jetzt ihre volle Wirkung entfaltet. Die Strompreise sinken auf breiter Front. Sei dem Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes sind die Strompreise für gewerbliche Kunden um nochmals bis zu 20% gesunken. Und jetzt, viel früher als erwartet, kommt auch der Markt für den privaten Kunden in Bewegung: Neue Stromtarife für private Haushalte sehen bis zu 50% Kostenersparnis vor. Die Liberalisierung des Marktes wirkt sich so wie bei den drastischen Preissenkungen beim Telefon oder bei der Kraftfahrzeugversicherung positiv für die Menschen aus.

Ich wehre mich entschieden dagegen, dass SPD und Grüne mit der Schaffung von neuen Regulierungen und der Einsetzung einer Regulierungsbehörde diese Entwicklung aufhalten. Neben den künftig niedrigeren Strompreisen bieten fast alle Energieunternehmen heute schon sog. „Ökostrom“ an. Das Angebot ist da, und wer es nutzen möchte, kann dies tun. Aber es gibt keinen Grund, den Bürger dazu zu zwingen.

Nicht nur die Kunden, auch die Energieunternehmen selbst profitieren langfristig vor dieser Entwicklung.

Die schnelle Öffnung der Märkte in Deutschland löste einen Innovationschub und Umstrukturierungen aus, die deutsche Unternehmen wettbewerbsfähiger macht auf den zusammenwachsenden europäischen Energiemärkten.

Ich bin zuversichtlich, dass die deutsche Wirtschaft bei den derzeit laufenden Verhandlungen zur Revision der freiwilligen Vereinbarung zur Durchleitung von Strom erkannte Schwachstellen ausräumt. Auch ohne eine Regulierungsbehörde lässt sich so der diskriminierungsfreie, für alle Marktteilnehmer transparente und preiswerte Zugang zum Kunden erreichen. Das Bundeskartellamt und die Gerichte sind bereits heute in der Lage, das Funktionieren des Wettbewerbs zu sichern.

### Volltreffer!

*Mehr Arbeitsplätze sollte das neue 630-Mark-Gesetz bringen. Es bringt weniger. Sogar in der SPD-Partei zentrale. Von bisher 70 Geringverdienern bleiben nur 8 übrig.*

*Volltreffer. 20 der Betroffenen haben sich erst einmal auf die Betriebsratswahlliste gerettet. Ein Unfug wird mit dem anderen pariert. Warum haben sie denn vor dem Gesetz nicht einmal ihre eigenen Geringverdiener gefragt?*

*In welchem Elfenbeinturm sitzt Rot-Grün? In Berlin entsteht jetzt vor dem neuen Kanzleramt eine begrünte vier Meter hohe Mauer. Ihr braucht nicht Schutz vor dem Volk, sondern Kontakt mit dem Volk.*

# Die Erinnerung an das Unrecht wachhalten

## Zum Jahrestag des Mauerbaus erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble:

Vor 38 Jahren, am 13. August 1961, errichtete das SED-Regime die Mauer. Der Wunsch nach Freiheit und Demokratie ließ sich nur mit Gewalt unterdrücken. Millionen Menschen blieben auf Dauer eingesperrt – bevormundet, bespitzelt von den SED-Machthabern. Familien und Freunde wurden voneinander getrennt. Die Mauer wurde weltweit zum Symbol für Unfreiheit und Unterdrückung.

Bei dem Versuch, in den freien Teil Deutschlands zu flüchten, wurden hunderte Menschen Opfer des Schießbefehls. Unser Gedenken gilt heute ihnen und allen anderen Opfern der SED-Diktatur. Es ist

unsere Pflicht, die Erinnerung an das Unrecht wachzuhalten.

Dem mutigen Widerstand der Menschen in den neuen Bundesländern verdanken wir es, dass die Mauer und das Unrechtssystem, für das sie stand, schließlich fielen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass Demokratie, Recht und Freiheit in ganz Deutschland gewahrt bleiben.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die es bei der Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus immer noch gibt, sollte der unschätzbare Zugewinn von Recht und Freiheit von Niemandem gering geachtet werden – auch wenn Freiheit nicht immer bequem ist.

## CDU dankt Ungarn für Hilfe im Sommer 1989

### Zum zehnten Jahrestag der Öffnung des Eisernen Vorhangs für DDR-Flüchtlinge bei Sopron am 19. August 1999 erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble:

Heute vor zehn Jahren – am 19. August 1989 – öffnete Ungarn im Rahmen eines „Paneuropäischen Picknicks“ bei Sopron für wenige Stunden seine Grenze nach Österreich. Vor laufenden Kameras flohen 661 Menschen aus der DDR in den Westen. Die Freiheit brach sich Bahn. Diese Massenflucht war der Auftakt zum Ende der DDR. Es war die Initialzündung für die sich überstürzenden Ereignisse im Herbst 1989, die schließlich in der Öffnung der Mauer am 9. November

ihren Höhepunkt erreichten. Ungarn hat damals das Zeichen gesetzt, dass der Sozialismus und damit die DDR endgültig gescheitert waren. Wir haben Ungarns Hilfe nicht vergessen.

Ungarns mutige Entscheidung im Sommer 1989 ebnete den gemeinsamen Weg Europas zu Freiheit und Frieden. Wir haben jetzt die große Chance, mit der Aufnahme der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas in NATO und Europäische Union die Zukunft und Stabilität unseres Kontinentes dauerhaft zu sichern. Besonders das wiedervereinigte Deutschland muss sich dieser Verantwortung bewusst bleiben, damit auch in Europa zusammenwächst, was zusammengehört.

## SPD gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen

**Zur Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck nach deutlicher Erhöhung der Erbschaftsteuer erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz:**

Wir haben erst 1996 die Erbschaftsteuer erheblich angehoben und im Zuge der Erbschaftsteuerreform auch die Grunderwerbsteuer fast verdoppelt, um den Ländern die Einnahmen aus dem Wegfall des geschätzten Anteils der abgeschafften Vermögensteuer auf Privatvermögen zu sichern. Dementsprechend sind die Einnahmen in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um fast 25% gestiegen. Bei der Erb-

schaftsteuer werden Betriebsvermögen bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen begünstigt, um eine erträgliche Belastung beim Übergang von Betrieben in die nächste Generation zu erreichen. Eine weitergehende Spreizung zwischen Privat- und Betriebsvermögen ist nicht möglich.

Wenn die SPD jetzt an der Erbschaftsteuerschraube dreht, gefährdet sie eine große Zahl von Betriebsübergängen und Tausende von Arbeitsplätzen. Sie betrügt damit die Inhaber von kleinen und mittleren Betrieben um die Früchte ihrer Arbeit. Die Union wird deshalb jede weitere Anhebung der Erbschaftsteuer strikt ablehnen.

## Müntefering steht im Regen

**Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zur Entscheidung der Einigungsstelle gegen den vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen geplanten Verkauf der Eisenbahnerwohnungen:**

Das Thema Eisenbahnerwohnungen wird für Minister Müntefering immer mehr zu einem Desaster. Zunächst der Streit in der eigenen Fraktion über den neuen Kurs, dann der Betrug am Wähler, der auf das Versprechen der SPD, die Eisenbahnerwohnungsgesellschaften nicht zu veräußern, vertraut hatte, jetzt das Scheitern in der Einigungsstelle, die dem Verlangen des Hauptpersonalrats beim Bundeseisenbahnvermögen auf Fortführung der Eisenbahnerwohnungsgesellschaften als

betriebliche Sozialeinrichtung zustimmte. Dabei hatte Müntefering gehofft, mit Nachbesserungen der Verkaufsverträge den Hauptpersonalrat umstimmen zu können. Doch dieser ist, gestützt von der an sich SPD-verbundenen Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands GdED, auf klarem Gegenkurs zu den Absichten des Verkehrs- und Bauministers.

Jetzt fehlen dem Minister 4,6 Mrd. DM Verkaufserlöse in seinem ohnehin maroden Haushaltsentwurf. Dieses Versagen darf aber nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden, indem versucht wird, das Loch durch weitere Kürzungen bei den Straßen- und Schienenbauinvestitionen zu stopfen. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.



# Landwirtschaft entlasten statt belasten

**Angesichts der Forderung von Minister Funke, die deutsche Landwirtschaft solle sich dem Markt stellen, erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft völlig versagt. Deshalb flüchtet er sich jetzt in die Allerweltsempfehlung, die deutschen Landwirte sollten mit weniger Staat und mehr Markt zu wirtschaftlichen Erfolgen kommen. Dieses Ziel streben auch unsere Landwirte an, denn sie wollen einen gerechten Lohn für ihre Leistung und keine Almosen vom Staat.

Zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit benötigt man eine solide Ausgangsbasis; die Bundesregierung hat aber dazu unseren Landwirten in unverantwortlicher Weise mit einseitigen Beschlüssen den Boden entzogen.

Ich fordere deshalb für die deutsche Landwirtschaft eine Entlastungsoffensive durch folgende Maßnahmen:

**1.** Angesichts der Kürzung und letztlich Streichung der Gasölbeihilfe fordere ich entsprechend der Regelung in Frankreich, dass die deutschen Landwirte Heizöl als Treibstoff einsetzen können. So bliebe unserer Landwirtschaft eine entscheidende Wettbewerbsverzerrung erspart.

**2.** Eine Entlastung der Wirtschaft ist richtig, diese muss aber auch für die Landwirtschaft, ebenfalls ein Teil der Wirtschaft, gelten. Nach den bisherigen Beschlüssen gehen die Steuerentlastungen

vollkommen an der Landwirtschaft vorbei, im Gegenteil:

Bei der Ökosteuer wird die Landwirtschaft 30mal so hoch besteuert wie die chemische Industrie.

**3.** Die Einseitigkeit der Kürzungen im Agrarsozialbereich zeigt sich an der Tatsache, dass bei der Knappschaftsrente nicht gekürzt wurde. Ich will dies nicht kritisieren, aber ich fordere für die Landwirtschaft Gleichbehandlung. Auch die Bundesregierung ist sich nach ihrer eigenen

## Rücksichtslose Einschnitte bei der Altersversicherung, der Unfall- und der Krankenversicherung

Aussage bewusst, dass die soziale Absicherung in der Landwirtschaft eine wichtige Komponente beim Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe ist. Die rücksichtslosen Einschnitte bei der Alterssicherung, der Unfallversicherung und der Krankenversicherung führen dazu, dass die Beiträge für diese Versicherungen erheblich ansteigen werden und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt wird.

Minister Funke verspricht immer wieder, die Sparbeschlüsse hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe prüfen zu wollen. Ich fordere ihn auf, meine Vorschläge aufzugreifen und möglichst bald konkrete Korrekturen der Sparbeschlüsse auf den Tisch zu legen. ■

# Besteuerung der Alterseinkommen ist willkürlich und ungerecht

**Zu den Plänen der Bundesregierung, Lebensversicherungen zu besteuern, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz:**

Die beabsichtigte Besteuerung der Lebensversicherung lässt keinen steuersystematischen Bezug erkennen, sie widerspricht der Absicht der Bundesregierung, die private Altersversorgung zu stärken, und sie ist willkürlich in der steuerlichen Unterscheidung zwischen Rentenzahlungen und der Einmalauszahlung des angesparten Kapitals.

Richtig wäre gewesen, die steuerliche Behandlung der Alterseinkommen insgesamt neu zu regeln und dabei auch die Lebensversicherung einzubeziehen. So hätte die Steuerfreiheit der Auszahlungsleistung an ein bestimmtes Lebensalter des Versiche-

rungsnehmers gebunden werden können statt an die 12-jährige Laufzeit des Vertrages. Darin wäre die Bestimmung der steuerbefreiten Lebensversicherung als private Lebensversicherung besser zum Ausdruck gekommen als in der jetzt geplanten, komplizierten und bürokratischen Regelung. Die vorgesehene unterschiedliche Behandlung der Lebensversicherung auf Rentenbasis und der Auszahlung eines Einmalbetrages bevormundet die Inhaber einer Lebensversicherung, schränkt sie willkürlich ein in der Freiheit der Verwendung ihres Sparguthabens und provoziert neue Formen der Umgehung der zukünftigen Steuerpflicht.

So kann man das Problem der Gleichmäßigkeit der Besteuerung von Sparguthaben, Kapitalbildung und Alterseinkommen nicht lösen.

## Wird Hombachs Hausbau zur Affäre Schröders?

**Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, Ronald Poffalla, erklärte zur Verurteilung des früheren Bauleiters von Hombach:**

Der Bauleiter von Bodo Hombach ist von der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Bochum zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf Bewährung verurteilt worden.

Der Prozeß hat eindeutig gezeigt, dass Hombach anlässlich seines Hausbaus in den Genuss des sog. VIP-Service der Veba gekommen ist. Wir erwarten nun, dass Veba das Geld von Hombach zivilrechtlich zurückfordert.

Mit dem Strafverfahren ist die Angelegenheit nicht erledigt – im Gegenteil. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wann und was Bundeskanzler Gerhard Schröder von der Hausbauaffäre wusste, als er Hombach zum Kanzleramtschef ernannte und später den europäischen Regierungschef zum EU-Balkan-Koordinator vorschlug. Der Bundeskanzler hätte nur eine Person ernennen bzw. vorschlagen dürfen, deren persönliche Integrität außer Zweifel steht. Der nunmehr für die Bundesrepublik entstandene außenpolitische Schaden ist noch nicht abzuschätzen. Wir werden dazu weitere Fragen stellen.

# Jürgen Trittin – der „grüne Khmer“

Der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist der Buhmann der Regierung und der Republik. Laut einer Emnid-Umfrage im Juli wollen zwei Drittel der Deutschen seine Ablösung. In der Beliebtheitskala des ZDF-Politbarometers hat nur noch PDS-Fraktionschef Gregor Gysi schlechtere Werte als der Niedersachsen.

Egal ob Atomausstieg oder Altautoverordnung: Minister Trittin sorgt für Missstimmung und ist der „Mann für alle Wutanfälle“ (Süddeutsche Zeitung).

In den 70er Jahren noch beim Kommunistischen Bund, wechselte das einstige ASTA-Mitglied der Uni Göttingen 1980 zu den Grünen. Die Mentalität des Hausbesetzers und Blockadensitzers aber hat er mitgenommen ins Bundeskabinett. Selbst Parteifreunde wie der haushaltspolitische Sprecher Oswald Metzger, Fischer-Intimus Daniel Cohn-Bendit oder die Vorsitzende des Finanzausschusses Christine Scheel fordern mittlerweile öffentlich den Rücktritt von Trittin.

## Die Partner brüskiert

Mit einem Paukenschlag hatte Trittin im Herbst den Ausstieg aus der Kernkraft und das Ende der Wiederaufarbeitung angekündigt. „In der Manier eines Volkskommissars stellte er alle Seiten vor vollendete Tatsachen“ (Bild). Damit hat Trittin nicht nur die Energiewirtschaft erschreckt, sondern auch die europäischen Partner in London und Paris brüskiert. Doch geht es

dem Diplom-Sozialwirt Trittin nicht um eine weitblickende Energiepolitik, vielmehr ist er von grüner Ideologie beseelt und Maximalforderungen getrieben. „In dieser Legislaturperiode muss das erste Kernkraftwerk stillgelegt werden“, heißt es gebetsmühlenartig bei den Grünen. Über höhere CO<sub>2</sub>-Belastungen durch vermehrte Energieerzeugung mit Kohlekraftwerke wird bei den Grünen schon lange nicht mehr diskutiert. Es wundert nicht, wenn jetzt sogar die Umweltverbände – allen voran Präsident Flasbarth vom Naturschutzbund (NABU) – den Grünen „Ver-sagen in der Umweltpolitik“ vorwerfen.

## Weder „öko“ noch „logisch“

Aber auch beim zweiten großen Projekt der Grünen, der „Öko“-Steuer, erscheint wenig „öko“, geschweige denn „logisch“. Auch Thilo Bode, Geschäftsführer von Greenpeace, war wenig begeistert von der neuen Steuer: „Das, was jetzt hier dem Volk angeboten wird, sieht ein bisschen nach Abkassiererei beim kleinen Mann aus.“

Alles in allem fällt die umweltpolitische Bilanz Trittins spärlich aus. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte bereits Ende März: „Zwar spielt der Umweltminister Trittin leidenschaftlich seine Lieblingsrolle als ‘grüner Khmer’, aber was von seinen vollmundigen Forderungen oder Ankündigungen setzt er schon durch?“ Nichts, und das ist wahrscheinlich besser für die Umwelt und für Deutschland allemal.

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

# Kriminalprävention durch Basistugenden bei Eltern und Kindern

Zum Entwurf eines Gesetzes der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung – Drs. 14/1247 erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), **Herbert Helmrich:**

Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass unsere Kinder gewaltfrei erzogen werden sollen. Es ist dem Kindeswohl aber wenig förderlich, wenn Selbstverständlichkeiten ständig wiederholt werden. Ganz besonders dann nicht, wenn Grundsätze einer gewaltfreien Erziehung bereits seit 20 Jahren gesetzlich normiert sind. Es ist das besondere Verdienst der CDU, die mit der Kindschaftsrechtsreform vom 16.12.1997 dafür gesorgt hat, dass der früher gewohnheitsrechtlich anerkannte Rechtfertigungsgrund des elterlichen Züchtigungsrechts entfallen und nunmehr klargestellt ist, dass Mißhandlungen im Sinne von § 223 StGB auch nicht aus dem elterlichen Erziehungsrecht heraus gerechtfertigt sind.

Worin aber liegt der Sinn und Zweck des Gesetzentwurfs der Schröder-Regierung? Welche Rechte erhält das Kind, dem elterliche Gewalt widerfährt? Statt Antworten Fragen, statt Begründungen Widersprüche: Gewalt soll geächtet, gleichwohl aber „nicht jede körperliche Einwirkung verboten sein“. Sofern das Kindeswohl gefährdet ist, soll das Familiengericht nach § 1666 BGB wie bisher einschreiten. Nach der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es jedoch: „Durch das Erfordernis der Kindeswohlgefährdung in § 1666 BGB ist sichergestellt, dass vereinzelt gebliebene körperliche Bestrafungen in der Regel keine familiengerichtlichen Maßnahmen auslösen“, und weiter „dass dem Kind gegenüber seinen Eltern insbesondere ein all-

**1979:** § 1631 Abs. 2 BGB: „Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen sind unzulässig.“

**1997:** § 1631 Abs. 2 BGB: „Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen, insbesondere körperliche und seelische Mißhandlungen sind unzulässig.“

**1999:** § 1631 Abs. 2 BGB-E: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“

gemeiner zivilrechtlicher Unterlassungsanspruch nicht zusteht“. Ausdrücklich stellt Rot-Grün fest: „Daran ändert die in diesem Entwurf vorgeschlagene Neuregelung des § 1631 Abs. 2 BGB nichts.“ Aus dem Recht auf gewaltfreie Erziehung sollen demnach keine Ansprüche des Kindes gegenüber den Eltern folgen.

Was also will der Gesetzentwurf? Nicht der Entzug der elterlichen Sorge soll im Vordergrund stehen, sondern die Hilfe für betroffene Kinder, Jugendliche und Eltern. Das ist sicherlich eine gute Absicht. Und zugleich eine Erkenntnis, die die CDU bereits seit langem in ihrem Grundsatzprogramm verankert hat: Es ist zur Vermeidung von Gewalt in der Familie eine „wichtige Aufgaben der Gemeinschaft, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken“. Hierbei tragen nicht nur Eltern, sondern auch „Verwandte und Nachbarn, Erzieher und Lehrer, Justiz und Polizei große Verantwortung“. Die von der Schröder-Regierung geforderte Hilfe bei der Erziehung in

## Künstlerfeindliche Steuerpolitik

**Zu den neuen Lohnsteuerrichtlinien 2000 erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert:**

Wenn schon die Kraft der Bundesregierung nicht ausreicht zu einer umfassenden Steuerreform, die Entlastung und Vereinfachung bringt, dann ist es besonders unangemessen und unverständlich, wenn nicht gerade besonders gut verdienende Berufsgruppen wie darstellende Künstler Opfer gezielter Streichungen werden. Nach den vom Kabinett beschlossenen Lohnsteuerrichtlinien 2000 soll die sogenannte Künstlerpauschale in der Einkommenssteuer ersatzlos wegfallen. Dabei handelt es sich um einen jährlichen Freibetrag von 3.180 DM für Gruppentänzer und Chorsänger sowie von 4380 DM für Schauspieler und andere Solisten, mit denen die besonderen Werbungskosten dieser Berufsgruppe berücksichtigt werden.

Der Wegfall dieses Freibetrages ist auch deshalb besonders ärgerlich, weil die meisten der davon Betroffenen an Bühnen und Institutionen arbeiten, die sich in öffentlicher Trägerschaft befinden, bei denen nicht davon ausgegangen werden kann, dass in absehbarer Zeit spürbare Anhebungen der Tarife erfolgen.

Statt der seit Jahren vergeblich angestrebten Verbesserungen müssen sie nun eine Verminderung ihrer verfügbaren Einkommen hinnehmen.

Dieses weitere „Kunststück“ sozialdemokratischer Steuerpolitik wurde im übrigen beschlossen, ohne dass vorher Betroffene oder der Deutsche Bühnenverein dazu angehört wurden. Es setzt die traurige Aufführung gründlich missverständener rot-grüner Kulturpolitik fort, die einen „neuen Stellenwert von Kunst und Kultur“ öffentlich verkündet und in ihren Haushalts- und Steuerbeschlüssen konterkariert.

Konfliktlagen hat die CDU bereits in den vergangenen Jahren mit einem gut ausgebauten Netz an Anlauf- und Beratungsstellen für Eltern und Kinder sowie vorbeugender und nachbetreuender Hilfe erbracht.

Statt festzustellen, was Eltern in der Erziehung ihrer Kinder unterlassen sollen, sollte die Schröder-Regierung lieber deutlich machen, was Eltern für die Erziehung ihrer Kinder leisten sollen. Gewaltfreie Konfliktlösung einzuüben, gehört zu den Basistugenden von Eltern und Kindern. In diesem Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden, dass es zur elterlichen Pflicht gehört, Kinder zwar ohne Gewalt, aber ebenso konsequent zu einer Regeleinhaltung zu erziehen. Die Vermittlung von

Werten wie Ehrlichkeit, Vertrauen, Treue, Verantwortung, Rücksichtnahme, Zivilcourage sowie Ordnung, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sind keine Sekundärtugenden. Sie sind Basistugenden. Die Erziehung zur Regeleinhaltung ist Grundlage für die Entwicklung von Wertebewußtsein und Rechtstreue und damit der sicherste Weg einer erfolgreichen Kriminalprävention. Ein wesentlicher Bestandteil der elterlichen Sorge um das Wohl des Kindes ist daher, Kinder in ein straffreies Erwachsenenleben zu begleiten.

Ein aufmerksamer Leser des Gesetzentwurfs wird schnell feststellen, dass es SPD und Grünen allein um die Ermöglichung einer Einflussnahme auf Erziehungsziele geht. ■

Wolfgang Schäuble:

## Deutsche Krisenreaktionskräfte schrittweise europäisieren

**Nachdem sich die Bundesregierung eher schlecht als recht zum Ende ihrer europäischen Ratspräsidentschaft geschleppt hat, scheint Europa ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Das gilt für alle Politikbereiche, ist aber besonders verhängnisvoll in der Sicherheits- und Militärpolitik.**

Dabei besteht hier nicht nur akuter Handlungsbedarf, sondern vor allem fehlt es an tragfähigen Konzepten und Ideen für einen raschen und effizienten Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen. Der Kosovo-Konflikt hat doch nun wirklich jedem gezeigt, dass Frieden und Stabilität in Europa ohne gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und ohne tragfähige Strukturen militärischer Zusammenarbeit nicht zu haben sind.

Dieses Vakuum in der Politik der Schröder-Regierung trifft besonders hart die Soldaten unserer Bundeswehr, die in Bosnien und jetzt im Kosovo unter enormen Belastungen und Anspannungen einen sehr verantwortungsvollen Dienst für den Frieden erbringen. Ihnen wird durch die völlig konzeptionslose und widersprüchliche Politik der Bundesregierung gleichsam der Boden unter den Füßen weggezogen.

Das Mindeste, auf das unsere Soldaten im Kosovo derzeit Anspruch haben, ist Verlässlichkeit und Stetigkeit in der Planung für die Bundeswehr.

Doch statt dessen werden verwirrende Debatten um Teilaspekte geführt, die auch unsere Verlässlichkeit und Berechenbarkeit im Bündnis aufs Spiel setzen. So stellt die isolierte Spardiskussion über den Ver-

teidigungshaushalt das Problem völlig auf den Kopf. Richtigerweise müsste zunächst ein tragfähiges Konzept entwickelt werden, welchen Anforderungen unsere Armee genügen muss und insbesondere wie sie in eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur zu integrieren ist, um daraus dann die erforderlichen Haushaltsmittel zu errechnen.

Statt dessen bricht der Kanzler wieder einmal sein Wort und mutet dem Verteidigungsminister nach der Rasenmähermethode Kürzungen zu, die nicht nur sämtliche bisherigen Zusagen und Planungen

### Rot-Grün vernachlässigt europäische Dimension der äußeren Sicherheit

einfach über den Haufen werfen, sondern die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr überhaupt in dem Rahmen in Frage stellen, in dem sie gemeinsam mit ihren Partnern im europäischen und im atlantischen Bündnis für die Beilegung von Konflikten und Krisen eingesetzt werden soll.

Aus denselben Gründen läuft auch die merkwürdige Debatte über einen Generalstab für die Bundeswehr in die völlig falsche Richtung. Auch hier ist es entscheidend, wie man eine Armee effizient führen kann.

Und wir hatten doch bisher vor allem deshalb keinen Generalstab, weil wir die Bundeswehr niemals ohne unsere Bündnispartner einsetzen wollten. Gerade im Lichte der Erfahrungen des Bundeswehreininsatzes in der Kosovo-Krise schlägt die

Erwin Marschewski:

## Magere innenpolitische Bilanz deutscher Europa-Politik

Die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der Innenpolitik lässt zu wünschen übrig. Dies belegt ein Vergleich der Ergebnisse der deutschen Präsidentschaft mit dem von Bundesinnenminister Schily Anfang des Jahres verkündeten innenpolitischen Programm.

**1.** Im Bereich der Flüchtlingspolitik sollte der Schwerpunkt bei der Frage liegen, wie im Falle von Massenfluchtbewegungen ein faires und angemessenes System der Aufnahme und des Solidarausgleichs geschaffen werden kann.

**2.** Im Bereich Asyl und Migration sollte vor allem eine wirksame Anwendung des Dubliner Übereinkommens sichergestellt werden.

**3.** Im Bereich der inneren Sicherheit konnte zwar die Arbeitsaufnahme von EUROPOL nach Ablauf der deutschen Präsidentschaft am 1. Juli si-

chergestellt werden. Dies ist jedoch nicht ausreichend.

Der Wegfall der Binnengrenzen in Europa darf die Sicherheit der Bürger nicht beeinträchtigen und nicht das organisierte Verbrechen begünstigen.

- ▶ Deshalb ist EUROPOL zügig zu einer europäischen Polizeibehörde mit eigenen Eingriffsbefugnissen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels auszubauen.
- ▶ Deshalb müssen die polizeilichen Eingriffsbefugnisse in den EU-Staaten harmonisiert werden, ist der Austausch von Polizeibeamten zu ermöglichen, sind gemeinsame Ausbildungsgänge einzurichten.
- ▶ Damit international agierende Verbrecher und Personen, die für Terrorismus, Völkermord und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, ist ein internationaler Strafgerichtshof einzurichten.

CDU deshalb vor, unsere deutschen Krisenreaktionskräfte schrittweise zu europäisieren. Dann braucht man auch keinen deutschen Generalstab. Die Debatte darüber ist deshalb überflüssig und schädlich. Schließlich fordern wir schon seit langem eine europäische Rüstungsagentur. Die Verteidigungsanstrengungen der EU-Länder zusammen entsprechen etwa 70 % der US-amerikanischen Aufwendungen.

Trotzdem kommen wir im Vergleich nur etwa auf 20 % der militärischen Effizienz. Deshalb müssen wir, statt an der Verteidigung zu sparen, der nationalstaatlichen Verschwendung ein Ende bereiten. Auch hier gilt es, sich zunächst über die Notwendigkeiten und Anforderungen klar zu werden und dann die finanziellen Mittel bereitzustellen, die zum Erreichen dieser Ziele erforderlich sind. ■

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Beschäftigung mit Fragen der Verwaltungsreform darf nicht nur „Chefsache“ sein. Ratsfrauen und Ratsherren müssen gleichfalls Bescheid wissen. Eines der nächsten in diesem Zusammenhang wichtigen Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. im Bildungszentrum Schloß Eichholz ist ein Fitness-Training in Sachen „Verwaltungsreform“:

Veranstaltung Nr. 242

### Aufgaben praktischer Kommunalpolitik – Budgetierung kommunaler Haushalte und Verwaltungsreform

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich – 12.9.-14.9.1999

Schwerpunkte:

- Verwaltungsreform in der Praxis - Grundzüge des Neuen Steuerungsmodells (1): Ausgangslage
- Grundzüge des Neuen Steuerungsmodells (2): Output-orientierte Steuerung
- Funktionsweisen und Elemente des Neuen Steuerungsmodells (1):

Produkte, Produktorientierte Budgetierung, Kontraktmanagement (auf Basis der Produkte)

- Funktionsweisen und Elemente des Neuen Steuerungsmodells (2): Zentrale Steuerung und Zentrale Serviceleistungen, Controlling und Berichtswesen, Technikunterstützte Informationsverarbeitung

- Funktionsweisen und Elemente des Neuen Steuerungsmodells (3): Mitarbeiterführung und -beteiligung

Eine weitere Besonderheit dieser Veranstaltung: Kamingsgespräch zum Thema „Kommunale Finanzen und Verwaltungsreform – Vorgaben und Verantwortung der Politik“ mit Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Stadtrat in Waldbröl

Weitere Informationen/ Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 13 31**  
**50387 Wesseling**  
**Fax Nr. 0 22 36/7 07-2 30**

## Veranstaltungen der Politischen Akademie

**29. September:** Geschichte als Zukunft: 10 Jahre Mauerfall und die Zukunft der Deutschen – mit Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, Prof. Günter Rinsche, Otfried Hennig, Rudolf Seiters, Walburga Gräfin Douglas, Prof. Dr. Uwe Thaysen und Sabine Bergmann-Pohl.

**26. Oktober:** Journalisten in der Akademie. Wie hat der Kosovo-Krieg Europa verändert? – mit Christian Schmidt, MdB, Dr. Peter Frey, ZDF.

**28. Oktober:** Das Recht auf Glaubensfreiheit – Christen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas



# Jens Eckhoff neuer Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion

**Deutschlands jüngster amtierender Vorsitzender einer CDU-Landtagsfraktion heißt Jens Eckhoff. Der 33jährige wurde zum Nachfolger von Ronald-Mike Neumeyer gewählt.**

Der am 7. Januar 1966 in Bremen geborene Bankkaufmann gehört dem Bremer Landesparlament seit 1991 an. Als langjähriger Vorsitzender der Jungen Union hatte er sich insbesondere für die Nachwuchsgewinnung und -förderung in der Union eingesetzt. In der CDU-Bürgerschaftsfraktion war er zunächst für die Sport- und anschließend für die Umweltpolitik als Sprecher verantwortlich. In seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender wurde Helmut Pflugradt bestätigt. Die Führungsmannschaft der Fraktion wird komplettiert durch Michael Teiser, der als Abgeordneter aus Bremerhaven neu in die Funktion des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde.

Die finanzpolitische Gesundung und der Erhalt der Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen durch eine Fortsetzung der strukturstärkenden und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik bleiben die landespolitisch vorrangigen Ziele der CDU-Bürgerschaftsfraktion für die neue Legislaturperiode. Bundespolitisch wird Bremen eine gleichermaßen kritische und konstruktive Rolle im Bundesrat spielen. Zustimmung oder Ablehnung in der Ländervertretung müssen sich in erster Linie an den Interessen des Bundeslandes orientieren. Blockade wird es ebenso wenig geben wie pauschale Zustimmung. So hatte die CDU-Führung in den jüngst erfolgreich beendeten Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass Bremens Abstimmungsverhalten wie bisher durch eine einvernehmliche Einzelfallentscheidung beider Koalitionäre festzulegen ist.

Als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet es die neue Führung der Fraktion insbesondere, das Profil der CDU in der Großen Koalition Bremens weiter zu schärfen. „Gemeinsam mit den von der Union gestellten Mitgliedern des Senats wollen wir verstärkt deutlich machen, dass die über Bremens Grenzen hinaus anerkannten Fortschritte hin zu einer Sanierung des kleinsten Bundeslandes im wesentlichen Ergebnisse der CDU-Regierungsbeteiligung sind,“ so der neugewählte Vorsitzende der CDU-Fraktion, Jens Eckhoff.



**Hans-Gert Pöttering, neu gewählter Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei/Europäische Demokraten im Europäischen Parlament, ist mit dieser Wahl Kraft Amtes Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, deren Vorsitzender der frühere belgische Ministerpräsident Wilfried Martens ist. Hans-Gert Pöttering gehört nach den satzungsrechtlichen Bestimmungen der CDU auch dem Präsidium der CDU mit Stimmrecht an.**

# An der bisherigen Regelung zum Sonntagsschutz festhalten

**Auf seiner Sitzung am 16. August hat der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sieben Thesen zur Diskussion um die Ladenöffnungszeiten und den Sonntagsschutz verabschiedet:**

- 1.** Die Frage der Ladenöffnungszeiten und des Sonntagsschutzes ist zu trennen von der Frage der Wochenarbeitszeit. Auch die Öffnung der Läden an Werktagen berührt grundsätzlich andere Fragen als die der Sonntagsarbeit.
- 2.** Art. 140 GG – Art. 139 Weimarer Verf.: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“

Der Schutz des Sonntags – und nicht nur während der Zeit des Gottesdienstes – hat Verfassungsrang. Sonntag und Feiertage – 1. Mai und 3. Oktober z.B. – sind gleichrangig und können nicht unterschiedlich behandelt werden.

- 3.** Nach der Verfassung ist der Sonntag nicht nur ein arbeitsfreier Tag – wie z.B. ein Urlaubstag – sondern hat eine bestimmte, nicht ökonomisch zu definierende Funktion für die Gesellschaft. Für Christen ist es der Tag des Herrn, der Tag des Gottesdienstes. Aber auch ein Nichtchrist muss die Arbeitsruhe des Sonntags achten, auch wenn er keine religiöse Beziehung zu diesem Tag hat.
- 4.** Der Sonntag unterbricht den Rhythmus der Arbeitszeit. Er macht damit deutlich und erfahrbar, dass der Mensch von

den Zwängen der Wirtschaftsgesellschaft und der Sicherung des Lebens nicht völlig beansprucht wird.

- 5.** Die Tatsache, dass in bestimmten Berufsfeldern oder unter bestimmten Zwängen Sonntagsarbeit notwendig ist, macht gerade die Bedeutung der Sonntagsruhe besonders sichtbar und erfahrbar. Der Sonntag muss der Tag bleiben, an dem der größte Teil der Bevölkerung die Gelegenheit behält, sich in Familie und Gesellschaft zu begegnen. Es geht bei der Sonntagsruhe eben nicht um arbeitsfreie Zeit, die man ebenso gut auf die 6 Wochentage verschieben könnte.

- 6.** Der Sonntag ist nicht die Alternative zu den Werktagen, die Ruhe ist nicht der Gegensatz zur Arbeit, sondern die Sonntagsruhe gibt der Arbeitszeit und der Arbeit einen bestimmten Sinn – und das nicht nur in religiöser Sicht. Ohne die Sonntagsruhe geht das ganzheitliche Verhältnis des Menschen zur Arbeit verloren.

Die Erfahrung lehrt, dass der Montag als Arbeitstag für jene Menschen mit Schwierigkeiten beginnt, die den Sonntag nicht mehr als Ruhetag erleben.

- 7.** Ob die Sonntagsruhe grundsätzlich beachtet wird, ist in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht mehr eine nur Frage der Feiertagsheiligung, sondern eine Frage der Gesellschafts- und Arbeitskultur. Gerade um der dauerhaften Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft willen muss diese Kultur geschützt werden. Darum fordert der EAK die CDU und CSU auf, an der bisherigen Regelung zum Sonntagsschutz festzuhalten.

# Der Tod von Ignatz Bubis ist ein schwerer Verlust

**Der überraschende Tod des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, ist von führenden Politikern der CDU mit Betroffenheit und Trauer aufgenommen worden.**

Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble bezeichnete Bubis' Tod als „schweren Verlust“. „Er hat viel für Deutschland getan, und vor allem dafür danken wir ihm, daß jüdisches Leben in Deutschland wieder eine Zukunft hat. In seinem rastlosen Einsatz, die Erinnerung wach zu halten mit dem Ziel, die Freiheit zu sichern und nicht Rache zu predigen, hat er sich verzehrt. Sein Wirken wird unvergessen bleiben.“, sagte der Parteivorsitzende.

## Bleibende Verdienste

Generalsekretärin Angela Merkel würdigte Ignatz Bubis' großes Engagement als Vorbild für die Jugend. „Als Ostdeutsche habe ich seine aufrichtige Art bewundert, auch in schwierigen Zeiten den Brückenschlag zwischen Juden und Nichtjuden herzustellen. Als deutscher Jude hat er mit seinem Wirken einen wichtigen Beitrag zur deutsch-jüdischen Freundschaft geleistet.“

Der Ehrenvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, drückte in einem Beileidstelegramm an die Witwe Ida Bubis seine „tiefempfundene Anteilnahme“ aus. „Ignatz Bubis hat sich große und bleibende Verdienste als oberster Repräsentant und wichtigster Sprecher der jüdischen Gemeinschaft im wiedervereinigten Deutschland erworben. Als deutscher Patriot jüdischen Glaubens war Ignatz Bubis immer auch Botschafter unseres Landes in der Welt.“, so der Alt-Bundeskanzler.

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog zeigte sich tief betroffen vom Tod Bubis': „Unser Land verliert einen großen Deutschen. Sein Leben war ein ständiges Ringen um Versöhnung und Gerechtigkeit. Wenn er auf die Vergangenheit hinwies, meinte er damit die Zukunft. Sein Tod erfüllt mich mit großem Schmerz.“

Zahlreiche weitere CDU-Spitzenpolitiker, darunter der Ministerpräsident von Hessen und amtierende Bundesratspräsident, Roland Koch, Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, die Ministerpräsidenten von Thüringen und Baden-Württemberg, Bernhard Vogel und Erwin Teufel, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sowie der bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, äußerten ihre Betroffenheit und Bestürzung über den plötzlichen Tod Ignatz Bubis'.

Am Begräbnis Ignatz Bubis' auf dem Friedhof Kiriat Schaul in Tel Aviv nahm für die CDU Deutschlands Generalsekretärin Angela Merkel teil.

## Trauerfeier für Ignatz Bubis am 14. September in Frankfurt

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Bundes und der Länder wird der Zentralrat der Juden in Deutschland zusammen mit der jüdischen Gemeinde Frankfurt, dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am 14. September für Ignatz Bubis eine „religiös umrahmte Trauergedenkstunde“ in der Frankfurter Westend-Synagoge feiern.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN  
PVST, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## ● Broschüre Schröder auf Schleuderkurs

Seit Dienstantritt befindet sich die Schröder-Regierung auf einem permanenten Schleuderkurs. Anhand von Pressestimmen dokumentiert diese Broschüre die Arbeit der rot-grünen Bundesregierung.

Bestell-Nr.: **5630**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 30,- DM



## Bestellschrift

### per Post:

IS-Versandzentrum · Postfach 14 65 · 59306 Ennigerloh · Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de) · Online: [www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet) Webstore

Hinweis: Für den Zugang ins InfoNet benötigen Sie eine Zugangskennung. Info unter 02 28/5 44-308

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet. Eilzustellungen werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

# UiD

25/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: [ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de](mailto:ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de), **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.